

## **S t a d t H a a n**

Niederschrift über die

### **14. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan**

am Dienstag, dem 30.01.2018 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
20:30

#### **Vorsitz**

Stv. Michael Ruppert

#### **CDU-Fraktion**

AM Dr. Dieter Gräßler  
Stv. Gerd Holberg  
AM Manfred Kupke  
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für AM Dr. Meier

#### **SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus  
Stv. Uwe Elker  
Stv. Bernd Stracke

#### **WLH-Fraktion**

Stv. Meike Lukat

#### **GAL-Fraktion**

Stv. Jochen Sack

#### **AfD-Fraktion**

Stv. Ulrich Schwierzke

#### **Schriftführer**

Stl Daniel Jonke

Vertretung für StAR Schumacher

#### **Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Karlo Sattler

#### **Verwaltung**

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke  
1. Beigeordnete Dagmar Formella  
Beigeordneter Engin Alparslan  
StOVR Gerhard Titzer  
Herr Dan Dragoi  
Frau Sonja Kunders

**Personalrat**

Herr Carsten Butz

**Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Nicole Krengel

**Gäste**

Stv. Robert Abel

Herr Björn Lamberty

Stv. Monika Morwind

Stv. Peter Schniewind

Stv. Annegret Wahlers

**Der Vorsitzende Michael Ruppert** eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** schlägt vor, den TOP 4 „Einführung einer papierlosen Ratsarbeit“ als ersten TOP zu behandeln, da Herr Lamberty von der Firma SOMACOS GmbH & Co. KG anwesend ist, welcher einen Vortrag über die angedachte Softwarelösung zur papierlosen Ratsarbeit halten soll.

***Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.***

**Stv. Elker** beantragt, den TOP 2.1 „OGS Situation an der Don-Bosco-Schule Trägerschaft ab 01.08.2018“ von der Tagesordnung zu streichen, da der hauptsächlich zuständige Fachausschuss (Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport - BKSA) erst am nächsten Tag stattfindet. Dort solle die fachliche Richtung festgelegt werden, woraufhin erst dann ein Beschluss für eine Stelleneinrichtung erfolgen könne.

**Stv. Wetterau** erfragt hierzu, was genau in der heutigen Sitzung hierzu beschlossen werden könne.

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** weist darauf hin, dass durch die Vorlage sowohl Personal- als auch Organisationsfragen angesprochen sind und daher eine Befassung durch den UA OPC sinnvoll erscheint.

**Stv. Stracke** schlägt vor, einen Vorbehaltsbeschluss zum Unterpunkt 3 des Beschlussvorschlages zu treffen, sodass der fachlichen Beratung im BKSA nicht vorgegriffen werde.

***Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.***

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Formalien

---

#### 1.1. Eröffnung der Sitzung

/

---

#### 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

---

#### 1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

---

#### 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

---

#### 1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

---

### 2./ Personalkostenentwicklung

Übersicht der Personalkosten mit Stand 31.12.2017

Vorlage: 10/140/2018

---

#### **Beschluss:**

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Personalkostenentwicklung des Haushaltsjahres 2017 mit Stand 31. Dezember 2017 zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**2.1. OGS Situation an der Don-Bosco-Schule**  
**/ Trägerschaft ab 01.08.2018**  
**Vorlage: 40/006/2018**

---

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** weist darauf hin, dass diesbezüglich, gem. der Vorlage, eine Entscheidung des Rates im Februar wichtig sei. Er weist auch darauf hin, dass im Falle einer späteren Beschlusslage mit Ablehnung der städtischen Trägerschaft, die Stadt in jedem Fall die Trägerschaft, zumindest übergangsweise übernehmen müsse, da der bisherige Träger fristgerecht zum 31.07.2018 gekündigt habe. Er plädiert daher für eine Beratung und Beschlussfassung, sodass eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Rat für die Sitzung am 27.02.2018 abgegeben werden könne.

**Stv. Lukat** verweist darauf, dass für die neue Stelle noch keine Stellenbeschreibung vorläge. Die Aufgaben der Stelle müssten zunächst herausgearbeitet werden, bevor hier Personal eingeplant werden könne.

**1. Bgo. Formella** erläutert, dass zunächst eine interne Ausschreibung der Stelle erfolgt. Die zusätzlichen 0,5 Stellen sollen dann mit einer Aufgabendarstellung für die Beratung des Stellenplans 2019 vorbereitet werden, sofern die Verwaltung damit beauftragt werde. Das Ziel sei es, eine Stelle einzurichten, welche die Fachberatung und Steuerung für die städtische OGS wahrnehme.

**Stv. Elker** spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für eine OGS an der Don-Bosco-Schule unter städtischer Trägerschaft aus.

**Stv. Sack** ergänzt, dass dies der Einstieg in eine Gesamtsteuerung der OGS-Landschaft in Haan sei.

**Stv. Lukat** erfragt, ob es möglich sei, die zusätzliche 0,5 Stelle auch vor den Stellenplanberatungen 2019 zu realisieren.

**1. Bgo. Formella** bestätigt dies und führt aus, dass dies der Optimalfall wäre. Hierfür sei jedoch ein gesonderter Beschluss des Rates als Nachtrag zum Stellenplan 2018 notwendig.

**Stv. Lukat** schlägt vor, dass die Verwaltung zur Beratung des Fachausschusses (BKSA) herausarbeite, wie die zusätzlichen 0,5 Stellenanteile zum 31.08.2018 realisiert werden können unter der Voraussetzung der städtischen Trägerschaft.

**1. Bgo. Formella** verweist darauf, dass hierfür dann zwingend ein Ratsbeschluss am 27.02.2018 erfolgen müsse.

---

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt einen Nachtrag zum Stellenplan 2018 für die Einrichtung einer Teilzeitstelle, 20 Stunden – EG 8 / 9a, für Amt 40/“Städt. Trägerschaft Don-Bosco-Schule“ zur nächsten Sitzung des HFA (20.02.2018) und Rat (27.02.2018), unter der Voraussetzung einer positiven Beschlussfassung zur OGS an der Don-Bosco-Schule unter städtischer Trägerschaft ab dem 01.08.2018 in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 31.01.2018, vorzulegen. Die Stellenbesetzung ist für den 01.08.2018 vorgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich angenommen  
6 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

**3./ Vorstellung des Handlungskonzepts zum Betrieblichen  
Gesundheitsmanagement  
Vorlage: 10/141/2018**

---

**Protokoll:**

Die Gleichstellungsbeauftragte und Koordinatorin für das Betriebliche Gesundheitsmanagement, **VA Kregel** stellt das BGM-Konzept der Stadt Haan vor.

**Stv. Lukat** verweist auf das angesprochene Eltern/Kind-Zimmer und möchte wissen, ob sich die Verwaltung im Rahmen der Einrichtung des Raumes bei anderen Behörden nach Erfahrungswerten erkundigt habe. Des Weiteren nennt sie die Möglichkeit von sog. „Notfallnotebooks“ und möchte wissen, ob es solche auch bei der Stadtverwaltung Haan gäbe.

**StOVR Titzer** erläutert, dass es sich nicht nur um ein Eltern/Kind-Zimmer handelt. Der Raum diene auch als Ruheraum, falls Beschäftigte sich aus gesundheitlichen Gründen (z.B. Übelkeit, Kreislauf, Schwangerschaft) hinlegen müssten. Deshalb sei der Raum auch mit einer Ruheliege ausgestattet. Der Raum kann auch für kleinere Besprechungen genutzt werden. Insofern handele es sich um einen Multifunktionsraum. Eine Erfragung von Erfahrungswerten von anderen Behörden sei daher nicht notwendig gewesen, da die Verwaltung ohnehin einen Ruheraum vorhalten müsse. Bezüglich der sog. „Notfallnotebooks“ bestätigt er, dass zwei Geräte innerhalb der Verwaltung vorgehalten werden.

---

**Beschluss:**

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt das Handlungskonzept zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**4./ Einführung einer papierlosen Ratsarbeit  
Vorlage: 10/142/2018**

---

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** begrüßt den anwesenden Herrn Lamberty von der Firma SOMACOS GmbH & Co. KG.

**StOVR Titzer** erklärt, dass die Firma SOMACOS der Softwarehersteller sei, welcher das Ratsinformationsprogramm entwickelt, welches bei der Stadtverwaltung Haan eingesetzt wird. Mit Hinblick auf die Beratung des Themas der papierlosen Ratsarbeit bietet die Firma SOMACOS das zusätzliche Softwaremodul „Mandatos“ an, welches speziell auf die Bedürfnisse der papierlosen Ratsarbeit zugeschnitten sei. Auch er begrüßt noch einmal den anwesenden Herrn Lamberty und bittet ihn dieses Modul vorzustellen, um den Ausschussmitgliedern und den anwesenden Mitgliedern des Rates der Stadt Haan einen Eindruck zu vermitteln, wie die papierlose Ratsarbeit in Zukunft aussehen könnte.

*Der Vorsitzende Stv. Ruppert unterbricht daraufhin um 17:15 Uhr die Sitzung, um Herrn Lamberty die Möglichkeit zu geben, seinen Vortrag vorzustellen.*

**Herr Lamberty** stellt das Softwaremodul „Mandatos“ für die papierlose Ratsarbeit vor.

*Nachdem Herr Lamberty den Vortrag beendet hat, nimmt der Vorsitzende Stv. Ruppert um 17:55 Uhr die Sitzung wieder auf.*

**Stv. Stracke** verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2018 und hebt noch einmal hervor, dass es hier darum gehe die papierlose Ratsarbeit zu testen und eine Vorarbeit für die künftige Ratsarbeit zu leisten.

**Stv. Schwierzke** plädiert dafür, die Erprobung nicht nur auf die Ratsmitglieder zu beschränken, sondern auch auf die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger auszuweiten.

---

**Herr Sattler** ergänzt diesen Vorschlag und bittet darum, auch die Mitglieder des Seniorenbeirates mit einzubeziehen.

**Stv. Holberg** spricht sich für die Variante 2 des Beschlussvorschlages aus, da hier der Service seitens der Stadt besser gewährleistet werden könne, da alle das gleiche Gerät nutzen würden. Er verweist darauf, dass der Rat der Stadt Haan in Bezug auf die Digitalisierung mit gutem Beispiel vorangehen solle, da er dies ja auch von anderen Stellen verlange.

**Stv. Sack** bittet darum, die papierlose Ratsarbeit in der Testphase noch nicht zur Pflicht für alle Ratsmitglieder werden zu lassen. Während der Testphase solle dies auf freiwilliger Basis bleiben.

**Stv. Wetterau** verweist auf das Problem, dass die vorhandenen WLAN-Kapazitäten des Sitzungssaales im Rathaus möglicherweise nicht ausreichen sobald alle Mitglieder des Rates das WLAN gleichzeitig nutzen würden. Er möchte wissen, ob eine entsprechende Versorgung hierfür sichergestellt werden könne.

Der Abteilungsleiter der Abteilung 10-3 Informationstechnik (IT) **VA Dragoi** erläutert, dass dies seitens der Verwaltung gewährleistet werden könne.

**Stv. Stracke** verweist auf die Vorlage. Hier sei lediglich die Rede von iPads der Firma Apple. Er bittet um eine finanzielle Darstellung auch anderer Alternativen, da diese Geräte möglicherweise günstiger sein und im Falle eines Notebooks auch mehr Rechenleistung bieten könnten.

**VA Dragoi** erläutert, dass sich die Verwaltung bisher auf iPads konzentriert habe, da die Sicherheit der „Mandatos“-App gewährleistet sei, da sie im Applestore geprüft werde. Weiterhin nennt er die Leistung der iPad-Geräte als einen ausschlaggebenden Punkt. Geräte von anderen Herstellern mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit seien hier nicht viel günstiger.

### **Beschlussvorschlag:**

1.) Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einführung der papierlosen Ratsarbeit auf Basis der **Variante I** für die Ratsmitglieder, die sich hierzu bereiterklären.

alternativ

2.) Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einführung der papierlosen Ratsarbeit auf Basis der **Variante II** für die Ratsmitglieder, die sich hierzu bereiterklären und lehnt die Variante 1 ab.

Die Verwaltung wird unabhängig von den o.g. Varianten beauftragt, eine Aufstellung verschiedener Geräte (iOS, Android, Windows) mit vergleichbarer Leistung aufzustellen und eine Stellungnahme abzugeben, welches der aufgeführten Geräte aus Sicht der Verwaltung bevorzugt werde.



---

**Abstimmungsergebnis:****Variante 1**

einstimmig abgelehnt

**Variante 2**

einstimmig angenommen

8 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

**5./ Aufzeichnungen von Redebeiträgen in Ausschüssen und Rat**  
**Vorlage: 10/143/2018**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** verweist auf die Beschlussfassung zum Antrag der WLH-Fraktion vom 08.11.2017 in den Haushaltsplanberatungen 2018. Hier wurden entsprechende finanzielle Mittel mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt. Sie plädiert dafür, den Sperrvermerk bereits in der Sitzung des Rates am 27.02.2018 aufzuheben.

**Stv. Stracke** führt für die SPD-Fraktion aus, dass die Vorlage derzeit noch nicht beratungsreif sei, da vor allem noch rechtliche Fragen in Bezug auf die Aufzeichnung von Redebeiträgen zu klären seien.

Der Vorsitzende des Personalrates, **VA Butz** gibt zu bedenken, dass es in den Sitzungen auch des Öfteren vorkomme, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung um eine mündliche Stellungnahme gebeten werden. Hier könne es sein, dass nicht jede/r Mitarbeiterin und Mitarbeiter der Aufzeichnung und Speicherung zustimme. Sollte dies der Fall sein, unterstütze der Personalrat dies natürlich und bittet darum, die Rechte der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters zu achten.

Der Vorsitzende **Stv. Ruppert** kritisiert, dass durch den Antrag der WLH-Fraktion entsprechende Erwartungen auch bei der Presse geweckt worden seien. Für die FDP-Fraktion führt er aus, dass auch diese die Vorlage aufgrund noch nicht gänzlich geklärter Rechtsfragen als nicht beratungsreif ansehe.

**Stv. Wetterau** schließt sich im Namen der CDU-Fraktion den Ausführungen der SPD- und der FDP-Fraktion an.

**Stv. Lukat** erläutert, dass sowohl im Landtag NRW als auch im Bundestag die Redebeiträge aufgezeichnet und ausgestrahlt werden, auch ohne explizite, vorherige Einwilligung. Sie kritisiert, dass der Minimalstbedarf an Transparenz seitens der Stadt Haan in diesem Bereich nicht gewährleistet sei, da auch in den jeweiligen Niederschriften zu den Ausschuss- und Ratssitzungen nicht immer aufgeführt sei, wie die einzelnen Fraktionen zu den jeweiligen Punkten stünden.

---

**Stv. Stracke** gibt weiterhin zu bedenken, dass auch nicht jedes Rats- oder Ausschussmitglied aufgezeichnet werden möchte. Er halte dies in den Fällen problematisch, als das jemand eine Frage stelle, welche aufgezeichnet wird, die Antwort hierauf jedoch durch eine Person erfolge, welche nicht aufgezeichnet werden möchte.

**Bgm'in Dr. Warnecke** verweist darauf, dass im Haushaltsplan 2018 bereits 50.000,- € ohne Sperrvermerk für die Anschaffung einer Konferenzanlage eingeplant seien. Sie erklärt, dass die Hardware für die Aufzeichnung von Redebeiträgen sinnvollerweise zeitgleich mit der Konferenzanlage ausgeschrieben werden sollte. Um nicht mit der gesamten Ausschreibung warten zu müssen, bittet sie um Entscheidung, ob die zusätzliche Hardware gewünscht sei oder nicht.

**Stv. Lukat** unterbreitet den unten aufgeführten Beschlussvorschlag über welchen der Vorsitzende **Stv. Ruppert** als Beschlussempfehlung an den HFA und Rat abstimmen lässt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der UA OPC empfiehlt dem Rat die Aufhebung des Sperrvermerkes im Produkt 010100 „Politische Gremien“ / Sachkonto 783130 „BGA > 410€“, um so die im Haushalt 2018 der Stadt Haan eingeplanten 4.000,-€ zur Anschaffung von Hardware für die Aufzeichnung von Redebeiträgen in den Ausschuss- und Ratssitzungen der Stadt Haan freizugeben, unbeschadet der noch zu klärenden rechtlichen Fragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmgleichheit abgelehnt  
5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

## **6./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** verliest die Anfrage der WLH-Fraktion vom 26.01.2018 (*siehe Ratsinformationssystem TOP 6*) in Bezug auf die Kriminalprävention der Stadtverwaltung Haan.

Der Vorsitzende des Personalrates, **VA Butz** zeigt sich erbost über die Anfrage der WLH-Fraktion, welche sinngemäß bereits vorab in der Presse für die Öffentlichkeit zu lesen war. Diese Tatsache sehe er als negativen Populismus und Stimmungsmache gegen die Verwaltung der Stadt Haan. Er streicht heraus, dass sich die Stadtverwaltung an den Grundsatz der Unschuldsvermutung halte. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung lobte er diesbezüglich, da sich

---

diese hierzu bis heute nicht geäußert hätten, sodass die Ermittlungsarbeiten der Polizei nicht erschwert wurden. Dies sehe man auch daran, dass die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Info, dass es sich bei einem der vermutlichen Täter um einen städtischen Mitarbeiter handele, selbst erst aus der Presse erfahren hätten.

**Bgm'in Dr. Warnecke** gibt folgende Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der WLH-Fraktion ab:

**zu 1.**

Wir befinden uns in laufenden Ermittlungen und werden diese nicht gefährden. Deshalb und wegen der Identifizierbarkeit des Täters werden wir keine Angaben zum Aufgabengebiet machen.

**zu 2.**

Bitte wenden Sie sich an die Ermittlungsbehörden.

**zu 3. und 4.**

Dienstinterne Angelegenheiten sind keine Angelegenheit des Rates.

---

## **7./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** verweist nochmals auf die Anfrage der WLH-Fraktion vom 26.01.2018 und teilt mit, dass es in öffentlichen Behörden normal sei, auch eine Dienstanweisung in Bezug auf Kriminalprävention zu erlassen.

**Bgm'in Dr. Warnecke** verweist ebenfalls auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der WLH-Fraktion und teilt mit, dass die Verwaltung bei laufenden Ermittlungen keine Aussagen mache, welche die Ermittlungen behindern könnten.